

Position & Forderungen der Säge- und Holzindustrie zur aktuellen Vergabepolitik von Rundholz durch die Bayerischen Staatsforsten (BaySF)

Durch einen Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER und die anschließende Berichterstattung der Fachpresse ist die jährliche Mengenvergabe von 300.000 fm von 2017 bis zum Jahr 2019 durch die BaySF an die Firma ILIM Timber Bavaria GmbH (Landsberg) zu jeweils Markt üblichen Konditionen bekannt geworden.

Nach Aussagen auf der Holzbörse Rosenheim durch Herrn Axel Reitter (BaySF) sowie aus dem EUWID handelte es sich um einen außergerichtlichen Vergleich zur Beilegung eines Rechtsstreites über die nicht erfolgten Lieferungen von Rundholz aus den Jahren 2009/2010 aufgrund einer einstweiligen Verfügung (sog. „Klausner-Verträge“).

Der Verband der bayerischen Sägeindustrie (VHK) und die Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) halten den abgeschlossenen Vergleich, soweit die Inhalte bekannt sind, aus Sicht der übrigen Betriebe der Sägeindustrie in Bayern und auch darüber hinaus für sehr fragwürdig. Das erzielte Ergebnis erscheint einzig aus Sicht der Firma ILIM Timber mit Blick auf die Rundholzversorgung am Standort Landsberg zukunftsweisend und auch nachvollziehbar. Zudem wird der Unmut in der Branche durch die unzureichende Kommunikation der BaySF in Richtung der Unternehmen weiter angeheizt.

Denn durch die Mengenbindung von Fichtenstammholz über einen derart langen Zeitraum wird massiv in den Rundholzmarkt eingegriffen. Damit wird deutlich, welche langfristigen Auswirkungen der Abschluss der „Klausner-Verträge“ im Jahr 2005 mit dem Lieferbeginn 2007 für die Struktur der Sägeindustrie hat und noch haben könnte.

Bei einem derzeit noch verfügbaren Fichtenstammholzangebot der BaySF von 2,521 Mio. fm (2012) und einem erheblich rückläufigen Fichtenstammholzaufkommen im bayerischen Privatwald von mittlerweile rd. 2,9 Mio. fm (2012) wird sich die ohnehin angespannte Versorgungssituation der Sägeindustrie weiter verschärfen. Auch bundesweit ist aufgrund weiterer Faktoren (z.B. Waldumbau, energetische Nutzung von Holz) mit einer deutlich zurückgehenden Nadelholzverfügbarkeit zu rechnen.

- Daher fordern die Verbände der Sägeindustrie die BaySF auf, die Verhandlungen über die Beilegung des Rechtsstreits unter der Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Fichtenstammholz für die gesamte Branche wieder aufzunehmen und gegebenenfalls eine finanzielle Entschädigung vor die Vergabe von Rundholzmengen bereits über das Jahr 2017 hinaus zu stellen.

- Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Säge- und Holzindustrie ist es darüber hinaus geboten die geplanten Reduzierungen im Einschlag der BaySF grundsätzlich aufzuheben, die Wälder im Rahmen der Nachhaltigkeit zu bewirtschaften und den Zuwachs vollständig zu nutzen, um eine weitere Verschärfung der Versorgungssituation abzumildern. Auch muss ein mittel- bis langfristiges Konzept entwickelt werden, um die Nadelholzversorgung der heimischen Säge- und Holzindustrie beispielsweise mit Blick auf den umwelt- und klimafreundlichen Holzbau sicher zu stellen.
- Das Rundholz aus dem Staatswald als Eigentum des Freistaates Bayern ist zudem zukünftig unter Einhaltung von „Ethikleitlinien“ zu vermarkten, die sich Forst- & Holzwirtschaft gemeinsam geben, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.
- Des Weiteren fordern wir die Offenlegung der Vergaberichtlinien der BaySF für Rundholz, um den Betrieben eine entsprechende Planungssicherheit für die Zukunft zu geben. Zudem sollten vorrangig ansässige Unternehmen im Sinne „Holz der kurzen Wege“ beliefert werden.
- Ebenso appellieren die Verbände an den Privatwald in Bayern, die derzeitige Einschlagszurückhaltung aufzugeben und die heimischen Abnehmerstrukturen in der Säge- und Holzindustrie auch im eignen Interesse zu sichern.
- Die Staatsregierung ist darüber hinaus angehalten, die Mobilisierung von Rundholz im bislang passiven Kleinprivatwald intensiver als bisher zu forcieren und dadurch sowohl Angebotsmenge als auch die effiziente Verfügbarkeit, vor allem aus kleinteiligen Strukturen, zu verbessern. Nur so können die bayerischen Wälder durch eine entsprechende Pflege auch für nachfolgende Generationen stabil und zukunftsfähig erhalten und entwickelt werden.

Die zum Teil sehr emotional geführte Diskussion um die Langfristverträge ist verständlich und nachvollziehbar, darf aber nach Ansicht der Verbände nicht dazu führen, dass die zahlreichen dringlichen Aufgaben- und Handlungsfelder der gesamten Branche Forst- und Holz mit Blick auf die künftige Rohstoffversorgung und die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus den Augen verloren werden.

München, Berlin, 12. Juni 2013

Verband der Holzwirtschaft und Kunststoffverarbeitung
Bayern/Thüringen e.V., München

Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (i.G.), Berlin